



JUNGE UNION
Schleswig-Holstein

TOP 8

Leitantrag

zum SHT 2017

Die Europäische Union als

Herausforderung und als

Chance

Die Europäische Union als Herausforderung und als Chance

2 **Deutschland - Vorbild und Anker**

3 Die Europäische Union geht für uns über eine Wirtschafts- und Zollunion hinaus. Wir sind der
4 Ansicht, dass wir in Europa vor allem die gleichen Werte teilen. Diese gilt es zu bewahren und für
5 diese zu werben. Ein vereintes und friedliches Europa kann nur durch eine Form der Werte- und
6 Wirtschaftsgemeinschaft entstehen.

7 Deutschland ist Gründungsland der Europäischen Union und gleichzeitig der bevölkerungsreichste
8 und wirtschaftlich stärkste Mitgliedsstaat. Allein aus diesen Umständen ergibt sich für
9 Deutschland eine Führungsrolle in der Union.

10 Diese Führungsrolle verstehen wir aber nicht als drückende Machtstellung, die unsere
11 europäischen Partner bedrängen soll. Wir möchten ein Deutschland, das sich als Motor
12 europäischer Integration versteht und als Reformgeber dringend benötigte Erneuerungen politisch
13 mehrheitsfähig macht. Wir setzen darauf, europäischen Zusammenhalt zu stärken und den Einfluss
14 der Europäischen Union als größten Wirtschaftsraum seinen angemessenen Stellenwert bzw.
15 Einfluss in der Welt zu verschaffen.

16 Um dem gerecht zu werden, ist es zunächst nötig, dass das europäische Recht von den eigenen
17 Mitgliedsstaaten umgesetzt und angewandt wird. Nur wer sich an seine eigenen Regeln hält, kann
18 international auf verbindliche Zusagen pochen. Gerade dort, wo es unangenehm für die einzelnen
19 Staaten wird – Maastricht Kriterien oder Dublin III -, steht die Glaubwürdigkeit eines ganzen
20 Kontinents auf dem Spiel. Glaubwürdigkeit ist dabei nicht nur nach Außen, sondern auch nach
21 Innen in Bezug auf die europäischen Bürger zu verstehen. Die Junge Union Schleswig-Holstein
22 fordert außerdem die Einhaltung aller Formen des europäischen Rechts.

23 Europäische Integration lebt vom Zusammenhalt. Dieser Zusammenhalt wird durch
24 nationalstaatliche Alleingänge, die die gesamte Union betreffen, untergraben. Aus diesem Grund
25 ist auch eine einheitliche Besteuerung von Unternehmen unabdingbar: Ein Wettlauf um den
26 geringsten Steuersatz für Unternehmensgewinne kennt nur Verlierer und begünstigt
27 Unternehmen ungerecht zuungunsten der Mitgliedsstaaten und seiner Bürger. Die Junge Union
28 Schleswig-Holstein fordert deshalb einen europäischen Mindeststeuersatz für das Erheben von
29 Unternehmenssteuern, damit sichergestellt werden kann, dass innerhalb der EU eine bessere
30 Chancengleichheit im Wettbewerb um das An- und Abwerben von Unternehmen entsteht.

31 Des Weiteren ist eine Wahlrechtsreform für eine weiter fortschreitende europäische Integration
32 nötig. Aktuell herrscht durch das Prinzip der degressiven Proportionalität ein Ungleichgewicht der
33 Stimmen im Europäischen Parlament. Der Umstand, dass ein maltesischer Abgeordneter im
34 Parlament 70.000 Bürger und ein deutscher Abgeordneter 800.000 Bürger repräsentiert, ist nicht
35 zu rechtfertigen. Kleinere Staaten müssen zwangsläufig bevorteilt werden; die jetzigen Ausmaße
36 sind jedoch undemokratisch und verhindern ein echtes demokratisches Zusammenwachsen der
37 Union. Deshalb fordert die Junge Union Schleswig-Holstein eine Reform der Sitzverteilung im
38 Parlament, die unter anderem vorsieht, die Mindestanzahl an Parlamentariern pro Land zu
39 reduzieren um ein ausgewogeneres Gleichgewicht zu schaffen.

40 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 41 • die europäische Integration zu fördern.
- 42 • die Einhaltung europäischen Rechts.
- 43 • einen Mindeststeuersatz für Unternehmen innerhalb der Europäischen Union.
- 44 • eine Reform des Wahlrechts für das Europäische Parlament.

45 **Europa – reformbedürftig, aber trotzdem zukunftsfähig**

46 Die Europäische Union muss zur Stärkung ihrer Integrität sowie zur Attraktivitätssteigerung
47 Maßnahmen zur institutionellen Neustrukturierung anstreben. Besonders in den Kampagnen der
48 EU-kritischen Parteien in ganz Europa wurden das schlechte Kosten-Nutzen-Verhältnis der
49 europäischen Verwaltung kritisiert und stößt in Teilen der Bevölkerung auf Unverständnis. Ein
50 besonders oft kritizierter Punkt ist insbesondere der Erhalt von zwei Parlamentsgebäuden in
51 Brüssel und Straßburg sowie des Generalsekretariats in Luxemburg. Der Erhalt von drei Standorten
52 mit dem verbundenem Pendeln kostet laut dem zuständigen Parlamentsausschuss jährlich rund
53 180 Millionen Euro und erzeugt Emissionen von 19.000 Tonnen CO₂. Die Junge Union Schleswig-
54 Holstein fordert deshalb die Bundesregierung auf, sich für einen Beschluss zur Änderung der
55 europäischen Verträge zu Brüssel als alleinigem Standort einzusetzen. Der Verlust des
56 Parlamentsstandorts könnte mit der Niederlassung einer anderen europäischen Institution
57 kompensiert werden.

58 Außerdem ist die Verteilung der Kommissionszuständigkeiten innerhalb der EU zwar unter
59 Gleichstellungsaspekten sinnvoll, inhaltlich aber höchst ineffizient. So bindet beispielsweise die
60 Unterteilung in die Kommissionen Digitaler Binnenmarkt und Digitale Wirtschaft unnötig viele
61 Mittel durch redundante Posten trotz eng verwandter Inhalte. Deshalb fordert die Junge Union
62 Schleswig-Holstein eine Zusammenlegung der Kommissionen mit zwei verschiedenen spezialisierten

63 Kommissaren als Leiter desselben Hauses, da dies zu einer besseren Kooperation und
64 Kostenersparnissen führt.

65 Des Weiteren müssen die Prozesse und Beschlüsse innerhalb der europäischen Gremien und auch
66 die Werte der EU besser kommuniziert werden. Die nationale Presse vermittelt oft eine verzerrte
67 Realitätsdarstellung und wälzt staatliche Probleme auf die EU ab, wie es oft in den separatistischen
68 Kampagnen geschah. Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein eine verbesserte
69 Zusammenarbeit mit den nationalen Rundfunksendern und einen Ausbau des EuropaTVs,
70 Internetvideodienst des Europäischen Parlaments. Hier ist vor allem eine transnationale
71 Finanzierung ausschlaggebend, um einen guten Informationsstand in allen EU-Mitgliedstaaten zu
72 gewährleisten.

73 Junge Menschen brauchen Zugang zur europäischen Idee. Dazu gehört auch eine bessere
74 Verständigung der Generationen über Landesgrenzen hinweg. Interkulturelle Freundschaften
75 sichern auch die Zukunft der Europäischen Union. Deshalb fordert die Junge Union Schleswig-
76 Holstein gemäß dem Vorschlag der EU-Kommission ein kostenfreies Interrail-Ticket und einen
77 Ausbau der finanziellen Mittel der ERASMUS-Förderung, um einen europäischen Austausch zu
78 erleichtern.

79 Des Weiteren erachten wir es als sinnvoll, den Europatag, den 9. Mai, zu einem Feiertag zu
80 erklären. Durch verschiedene europaweite Aktionen soll der europäische Gedanke in allen
81 Gesellschaftsschichten noch besser zu verbreitet werden.

82 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 83 • eine Änderung der Europäischen Verträge zugunsten von Brüssel als einzigem
84 Parlamentsstandort.
- 85 • die sukzessive Aufgabe der Standorte Straßburg und Luxemburg und eine Anpassung des
86 Parlamentshaushaltes.
- 87 • eine effizientere inhaltliche Gliederung der EU-Kommission.
- 88 • einen Ausbau der Berichterstattung über die Aktivitäten der Europäischen Union in den
89 nationalen Programmen und im EuropaTV.
- 90 • ein kostenfreies Interrail-Ticket für junge Europäer.
- 91 • eine Erhöhung der finanziellen Mittel des ERASMUS-Projektes.
- 92 • einen europäischen Feiertag am 9. Mai.

93 **Verteidigung als eine gemeinschaftliche europäischen Aufgabe**

94 Ein geeintes und starkes Europa benötigt eine eigene einsatzbereite Armee unter einer Führung.
95 Die existierenden Verbände, angefangen bei den EU-BattleGroups über das Eurokorps bis hin zu
96 vereinzelt bilateralen Truppenunterstellungen, wurden bislang nicht eingesetzt bzw. sind
97 weitestgehend bedeutungslos.

98 Die Europäische Union tut seit Jahrzehnten zu wenig für eine gemeinsame Verteidigungspolitik.
99 Dabei bietet das in den EU-Verträgen niedergeschriebene Instrument der ständigen strukturierten
100 Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen ein gutes Fundament, um darauf aufbauend das Projekt
101 einer Europäischen Armee voranzutreiben. Die bereits existierenden supranationalen Korps
102 können den Ausgangspunkt für einen bereits aufeinander abgestimmten Stab der europäischen
103 Verteidigungsadministration werden. Damit einhergehend ist dann auch ein gemeinsames
104 Oberkommando auf Augenhöhe mit den EU-Kommissaren zu schaffen.

105 Zur Schaffung einer Europäischen Armee ist eine engere Verzahnung und ein weiterer Ausbau der
106 Fähigkeiten dieser zu schaffenden Streitkräfte unerlässlich. Wir wollen eine Europaarmee, in der
107 sich jedes Land spezialisiert um Bereiche kümmert und keine, in der jeder alles machen muss oder
108 soll.

109 Europäische, multinationale Verbände analog zu bereits existierenden gegenseitigen
110 Unterstellungen mit den Niederlanden oder gemeinsamen Truppenteilen wie der Deutsch-
111 Französischen Brigade bilden die Blaupause dieser neuen Armee.

112 Außerdem bündelt eine gemeinsame europäische Rüstungspolitik in der Europäischen Union
113 vorhandene Innovationskapazitäten. Dadurch werden bislang bestehende
114 Kompatibilitätsprobleme und unterschiedliche Ausrüstungsstände abgebaut, Kosten minimiert
115 und einheitliche Standards definiert. Dabei ist nach wie vor die Interoperabilität mit der NATO zu
116 beachten, um im Rahmen der weltweiten Sicherheitsarchitektur anschlussfähig zu sein.

117 Zuletzt gilt es, die Ausbildung, Einsatzverfahren und Strategien anzugleichen und eine eigene
118 Europäische Strategie analog zu unseren heutigen Weißbüchern zu entwickeln. Gleichzeitig ist es
119 zwingend notwendig, dass eine militärische Identität, ähnlich der Inneren Führung unserer
120 Bundeswehr, herausgebildet wird, die neben dem soldatischen Selbstverständnis auch das
121 staatsbürgerliche Bewusstsein der Soldaten herausbildet.

122 In einem Europa der Nationalstaaten gilt es schrittweise Souveränität an die Europäische Union zu
123 übertragen jedoch nationale Vorbehalte zu beachten. Aus diesem Grund ist zwingend eine
124 parlamentarische Kontrolle zu etablieren, die ebenso den Einsatz außerhalb der Europäischen
125 Union beinhaltet. Weiterhin muss bis zur Einmündung in einen europäischen Staat jeder

126 Mitgliedsnation eine Nichtbeteiligung an Auslandseinsätzen zugebilligt werden. Konkret bedeutet
127 dies, dass die nationalen Regierungen dem Entsendungsentschluss des EU-Parlamentes insofern
128 widersprechen können als dass sie die entsprechenden nationalen Anteile der EU-Armee im
129 Rahmen der Truppengestellung nicht unterstellen.

130 Das Bewusstsein für die Folgen des Einsatzes von Militär beinhaltet auch, dass für die
131 Europäischen Soldaten zudem ein einheitliches Versorgungssystem zu schaffen ist, das auch
132 Veteranen einschließt.

133 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 134 • Schaffung einer gemeinsamen Europäischen Verteidigungsunion.
- 135 • Unterstellung unter einem Europäischen Oberbefehlshaber.
- 136 • Etablierung einer gemeinsamen Europäischen Rüstungspolitik.
- 137 • Beibehaltung der Anschlussfähigkeit an die NATO.
- 138 • Schaffung einer europäischen Soldatenidentität als Staatsbürger in Uniform.
- 139 • parlamentarische Kontrolle über die Armee.
- 140 • bis zur Schaffung eines Europäischen Staates die Ermöglichung einer nationalen
141 Nichtbeteiligung.
- 142 • ein Versorgungssystem für die Europäischen Soldaten, das Veteranen explizit mit
143 einschließt.

144 **Europäischer Grenzschutz – eine übergreifende staatliche Aufgabe**

145 Die Flüchtlingskrise stellt Europa vor unheimliche Herausforderungen. Die Staatengemeinschaft
146 steht vor der Mammutaufgabe, Millionen Flüchtlinge aufzunehmen und zumindest temporär zu
147 integrieren. Um dies erfolgreich bewältigen zu können, müssen hierfür Kapazitäten geschaffen und
148 Flüchtlingsströme abgeschwächt werden. Migration zu kontrollieren, ist die Aufgabe europäischen
149 Grenzschutzes. Ziel muss es sein, legale Migration zu ermöglichen, Flüchtlingen Schutz zu bieten
150 und all diejenigen, die keinerlei Bleibeperspektive haben, von Anfang an abzuweisen.

151 Viele Menschen haben von Anfang an weder Recht noch Perspektive auf eine Bleibe in Europa. Auf
152 Grund verlorener Pässe und fehlender Durchsetzung von Abschiebungen bleiben sie dennoch hier.
153 De facto findet also eine illegale Einwanderung statt – sei es über den Balkan, über Ceuta in
154 Nordafrika oder über die Mittelmeerroute. Sie werden unterstützt von Schleppern, die mit dem
155 Menschenschleusen ein Geschäft betreiben. Hierbei spielen auch Hilfsorganisationen eine Rolle,
156 die sich als Parallelstrukturen zu den europäischen Behörden und Rettungsmissionen engagieren
157 und Menschen direkt vor der libyschen Küste abholen. Ein Zustand, der zu schlechter
158 ausgerüsteten – und damit gefährlicheren - Überfahrten führt und Anreize für illegale Migration

159 schafft. Hilfsorganisationen sind nicht diejenigen, die humanitäre Hilfe an der Mittelmeerküste zu
160 leisten haben. Für uns ist Grenzschutz eine staatliche Leistung, die in die Hand der europäischen
161 Union gehört. Nichtregierungsorganisationen muss es verboten werden, Menschen nach Europa zu
162 bringen. Stattdessen ist die EU-Marinemission Sophia aufzustocken, damit die Seenotrettung im
163 Mittelmeer durch staatliche Akteure durchgeführt wird.

164 Problematisch für Europa ist vor allem die illegale Migration, die unter dem Deckmantel des Asyls
165 letztlich einen Zuzug in unsere endlichen Sozialsysteme bedeutet. Deutschland und Europa können
166 nicht unbestimmt viele Menschen aufnehmen. Die gesellschaftliche Stabilität Europas hängt
167 deshalb davon ab, den Strom illegaler Migration so gering wie möglich zu halten. Um den Schutz
168 von Flüchtlingen so effektiv wie möglich zu gestalten, sind eine Reihe von Maßnahmen
169 erforderlich. Diese sollen erreichen, dass Europa gezielt schutzbedürftigen Menschen Zutritt
170 gewährt und solche abweist, die weder für einen Eintritt noch für ein Bleiben berechtigt sind.

171 Effektiver Grenzschutz ist hierfür unabdingbar. Spanien zeigt, wie es gehen kann: Gemeinsam mit
172 Marokko als Partner hat sich die Lage an der nordafrikanischen Enklave Ceuta deutlich beruhigt.
173 Nur gemeinsam mit nordafrikanischen Partnern, die ausreichend finanziell unterstützt werden,
174 wird es möglich sein, die tödlichen Überfahrtversuche im Mittelmeer zu unterbinden. Dabei sind
175 wir auch auf afrikanische Akteure und ihre Behörden angewiesen. Die Junge Union Schleswig-
176 Holstein fordert, staatliche Strukturen in Marokko, Algerien und Tunesien finanziell und logistisch
177 zu unterstützen. Diese Unterstützung umfasst explizit auch Ausbildungsmissionen und
178 Entwicklungshilfen.

179 Andererseits ist es notwendig, Länder, die unwillig sind, Staatsbürger ohne Bleiberecht
180 zurückzunehmen, politisch unter Druck zu setzen. Einerseits von Entwicklungshilfen zu profitieren
181 und andererseits keine Rücknahmeabkommen abzuschließen oder diese einzuhalten, muss
182 begegnet werden. Deshalb fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, Entwicklungshilfen dort zu
183 streichen, wo fehlende Kooperation es nötig machen.

184 Im Interesse unseres Grenzschutzes liegt auch ein stabiles Libyen. Dieses kann als Partner helfen,
185 Migrationsströme einzudämmen und illegale Überfahrten über das Mittelmeer zu unterbinden.
186 Derzeit sind staatliche Strukturen teilweise komplett zerstört und das Land ist durch mehrere
187 kriegstreibende Fraktionen zerrüttet. Es entspricht der europäischen Verantwortung, Libyen zu
188 helfen. Deswegen begrüßen wir die Ausbildungsmissionen für die libysche Marine und den
189 libyschen Zoll ausdrücklich und fordern eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit im
190 Bereich des Kampfes gegen die Menschenschleusung. Eine Stabilisierung des Landes muss für die
191 Europäische Union höchste Priorität haben. Dazu müssen die notwendigen finanziellen Mittel zur
192 Verfügung gestellt werden.

193 Mit diesem Bündel an Maßnahmen können dann auch Flüchtlingslager an der afrikanischen Küste
194 aufgebaut werden, die direkt Asylanträge bearbeiten und den Menschen, die ein Recht auf Schutz
195 zugesprochen bekommen, eine sichere, staatliche Überfahrt bieten. All jene, deren Bescheide
196 negativ sind, müssen abgewiesen werden. Damit diese nicht auf anderen Wegen – wie heute über
197 Schlepper und Hilfsorganisationen – nach Europa kommen, sind alle nicht-staatlichen
198 Übersetzversuche zu unterbinden und nach Afrika zurückzuführen. Wenn hier eine ordentliche
199 Zusammenarbeit mit den zuständigen nordafrikanischen Behörden vorliegt und eine Stabilisierung
200 der genannten Staaten erreicht wurde – abgesehen von Libyen sind die relevanten Staaten schon
201 weitestgehend stabil – dann können solche Erstaufnahmelager den Schlüssel zu Legitimation und
202 Humanität der gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik darstellen.

203 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 204 • Nichtregierungsorganisationen zu verbieten, Menschen nach Europa zu bringen.
- 205 • die EU-Marinemission Sophia aufzustocken.
- 206 • die Ausbildungsmission in Libyen fortzusetzen und den libyschen Grenzschutz finanziell zu
207 stärken.
- 208 • die Streichung der Entwicklungshilfen, wenn es nicht zu einer Rücknahme der eigenen
209 Staatsbürger kommt.
- 210 • Aufbauhilfen für Libyen.
- 211 • Zurückführen von Schleuserbooten nach Afrika.
- 212 • Errichtung von Erstaufnahmelagern in afrikanischen Partnerländern.

213 **Deutschland und Frankreich – gemeinsam als Motoren der EU**

214 Das deutsch-französische Verhältnis war in der ferneren Vergangenheit häufig offen oder
215 versteckt feindselig. Daher können wir uns glücklich schätzen, dass wir in einer Zeit leben, in der
216 Frankreich und Deutschland gut zusammenarbeiten - für den Erhalt demokratischer Werte und
217 gegen islamistische Milizen. Weiterhin ist Frankreich für Deutschland zu einem wichtigen
218 Handelspartner geworden. In der EU werden Frankreich und Deutschland nach dem Brexit die
219 treibenden Kräfte sein.

220 Die Junge Union Schleswig-Holstein begrüßt den Wahlsieg Emmanuel Macrons gegen Marine Le
221 Pen. Macrons innenpolitische Reformen sehen wir als Chance, die französische Wirtschaft
222 voranzubringen und vor allem die innenpolitische Lage zu stabilisieren. Mit einer Stärkung
223 Frankreichs wird auch die EU gestärkt.

224 Nicht nur innenpolitisch strebt Macron umfangreiche Reformen an. Auch die EU und gerade die
225 Eurozone sollen sich nach Macron verändern und damit vertiefen.

226 Im Rahmen seiner Äußerungen zur Eurozone kritisierte Macron den deutschen Handelsüberschuss
227 stark. Hierzu muss gesagt werden, dass Deutschland zwar den zweitgrößten Handelsüberschuss
228 weltweit hat. Allerdings haben wir auch den relativ höchsten Kapitalabfluss. Das bedeutet, dass das
229 Ausland nicht nur hochwertige Produkte von uns geliefert bekommt, sondern, dass deutsche
230 Firmen, den Gewinn, den sie am exportierten Produkt machen, auch wieder im Ausland
231 investieren. Somit profitieren andere Nationen stark vom deutschen Handelsüberschuss.
232 Weiterhin profitiert die EU von einem wirtschaftlich starken Deutschland. Aus diesen Gründen
233 sieht die Junge Union Schleswig-Holstein keine andere Nation durch einen deutschen
234 Handelsüberschuss stark benachteiligt und fordert deswegen, keine Zugeständnisse zum
235 Handelsüberschuss zu machen.

236 Die Bundesregierung wird gemeinsam mit Macron einen Fahrplan für die Eurozone entwerfen. Eine
237 Einigung mit Frankreich über das gemeinsame Vorgehen in der Eurozone sieht die Junge Union
238 Schleswig-Holstein als unabdinglich an. Jedoch fordert die Junge Union Schleswig-Holstein die
239 Bundesregierung dazu auf, ihr Verhandlungsvorgehen maßgeblich auf das Wohl Deutschlands
240 auszurichten.

241 Das bedeutet für die Junge Union Schleswig-Holstein, dass die Vergemeinschaftung alter und
242 neuer Schulden strikt abzulehnen ist. Eine Vergemeinschaftung von Schulden nimmt Ländern in
243 wirtschaftlich prekärer Lage den Anreiz, ihre Situation zu verbessern, da sie die Konsequenzen
244 ihrer Wirtschaftspolitik nicht mehr spüren. Die Konsequenzen dieser misslungenen
245 Wirtschaftspolitik tragen dann lediglich die wirtschaftlich stärkeren Staaten, wie zum Beispiel
246 Deutschland. Es muss aber weiterhin Ziel der EU sein, dass jedes Land für sein eigenes
247 wirtschaftliches Vorgehen die Verantwortung trägt und nicht einige Länder für alle die
248 Konsequenzen tragen.

249 Weiterhin sind ein eigener Finanzminister für die Eurozone und ein eigenes Parlament abzulehnen.

250 Da jedes Mitgliedsland der Eurozone auch Mitglied der EU und ausnahmslos jeder EU-Staat ein
251 gewisses Interesse an einem stabilen Euro hat, wären eigene Strukturen der Eurozone lediglich
252 Parallelstrukturen der bereits bestehenden EU-Strukturen.

253 Jedoch ist Macrons Vorschlag eines gemeinsamen Investitionsfonds der Eurozone zu befürworten.
254 Diese Investitionen müssen jedoch zweckgebunden für Strukturmaßnahmen sein. Auf keinen Fall
255 dürfen diese Investitionen zur Tilgung von Schulden genutzt werden. Durch einen gemeinsamen
256 Investitionsfond kann die Eurozone für EU-Staaten, die noch nicht Teil der Eurozone sind, attraktiv
257 werden. Weiterhin sollten Länder der Eurozone ein ganz besonderes Interesse an der Stärkung der
258 anderen Euro-Staaten haben.

259 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 260 • die Unterstützung Macrons bei der Reformierung Frankreichs.
- 261 • keine Zugeständnisse zum Handelsüberschuss.
- 262 • die Bundesregierung sich in den Gesprächen über die Zukunft der Eurozone maßgeblich
263 nach dem deutschen Wohl richtet.
- 264 • das Ablehnen der Vergemeinschaftung alter und neuer Staatsschulden in der Eurozone und
265 der Schaffung eigener Strukturen innerhalb der Eurozone.
- 266 • die Einführung eines gemeinsamen, zweckgebundenen Investitionsfonds der Eurozone.

267 **Polen – ein rechtsstaatlicher Freund?**

268 Die bilateralen Beziehungen zu unserem Nachbarland Polen sind aufgrund der Vergangenheit
269 gerade zur Zeit des dritten Reiches historisch vorbelastet. Nach der Wiedervereinigung kam es
270 zum Glück zu einem Nachbarschaftsvertrag, sowie jährlichen Regierungskonsultationen. Umso
271 bedauerlicher ist es, dass das Land durch die aktuelle nationalkonservative Regierung in eine
272 bedenkliche Richtung driftet, die eine Zusammenarbeit immer mehr erschwert.

273 Die Justizreform, die dem Justizminister weitreichende Freiheiten einräumt, Richter zu benennen
274 – darunter auch das Oberste Gericht -, stellt einen Verstoß gegen die Gewaltenteilung in einer
275 Demokratie dar und hebt in weiten Teilen die Unabhängigkeit der polnischen Justiz auf. Diese
276 Reform lehnen wir aufgrund der fehlenden Rechtsstaatlichkeit ab und fordern die Bundesregierung
277 auf, ein Rechtsstaatverfahren gegenüber Polen zu unterstützen, sofern es keinen adäquaten
278 alternativen Vorschlag gibt.

279 Da es für so ein Verfahren einen einstimmigen Beschluss aller Mitglieder der Europäischen Union
280 gefasst werden muss und Ungarn bereits sein Veto angekündigt hat, könnte es hier zu einer
281 Blockade kommen. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert, hier die Einstimmigkeit
282 aufzuheben. Die Anwendbarkeit der doppelten, qualifizierten Mehrheit ist auszuweiten. Dies gilt
283 vor allem dort, wo bisher Einstimmigkeitsbeschlüsse notwendig sind. Eine Mehrheit im
284 Europäischen Rat und eine Mehrheit der Bevölkerung würden somit für Beschlüsse ausreichen.

285 Außerdem fordern wir, die Rodung des europäischen Urwaldes im Osten Polens gemäß dem Urteil
286 des Europäischen Gerichtshofs zu stoppen und fordern die Bundesregierung auf den europäischen
287 Partner einzuwirken. Denn die Urteile des EuGH sind auch für den polnischen Staat bindend. Eine
288 anhaltende Ignoranz stellt eine Verletzung der Verträge dar und muss mit entsprechenden
289 Geldbußen geahndet werden.

290 Des Weiteren fordert die polnische Regierung Reparationszahlungen von Deutschland für die
291 Schäden aus dem Zweiten Weltkrieg. In einer Erklärung aus dem August 1953 verzichtete Polen
292 allerdings auf jegliche Reparationsforderungen, um den Friedensprozess weiter voran zu bringen.
293 Somit sieht die Junge Union Schleswig jegliche Reparationsforderungen als hinfällig an.

294 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 295 • die Unterstützung der Einleitung eines Rechtsstaatsverfahrens gegen Polen, wenn es
296 keinen adäquaten Alternativvorschlag gibt.
- 297 • die anlassbezogene Aussetzung des Einstimmigkeitsprinzips innerhalb der Europäischen
298 Union. Eine doppelte qualifizierte Mehrheit sollte in bestimmten Fällen ausreichend sein.
- 299 • das Einwirken der Bundesregierung auf Polen zur Einhaltung des Urteiles des EuGH.
- 300 • kein Nachgeben bei Reparationsforderungen von der polnischen Seite.

301 **Die deutsch-dänische Grenze als Spannungsfeld**

302 Von dänischer Seite wird seit Anfang 2016 dauerhaft stichprobenartig an der Deutsch-Dänischen-
303 Grenze kontrolliert. Dies begründet die dänische Regierung mit der Situation in der
304 Flüchtlingskrise 2015. Dauerhafte Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raumes sieht die Junge
305 Union Schleswig-Holstein als Rückschritt an. Denn dauerhafte Kontrollen implizieren immer ein
306 gewisses Misstrauen gegenüber den anderen EU-Staaten. Innerhalb der EU sollte es aber Ziel sein,
307 gemeinsam Kräfte zu bündeln, um an den EU-Außengrenzen gegen illegale Einwanderung
308 vorzugehen und nicht aus Misstrauen gegenüber den anderen Staaten, die eigenen Grenzen zu
309 kontrollieren. Deswegen ist es Aufgabe der Bundesregierung Dänemark aufzufordern, die
310 dauerhaften Kontrollen zu unterlassen.

311 Gelegentliche, stichprobenartige Grenzkontrollen an den verschiedenen Grenzen eines EU-Landes
312 ermöglichen den Staaten viele gesuchte Straftäter zu finden, sowie es zu den Grenzkontrollen im
313 Rahmen des G20-Gipfels geschehen ist. Deswegen sollte es den EU-Ländern vorbehalten sein, an
314 ihren Außengrenzen innerhalb der EU zu kontrollieren. Hierbei darf der Grenzverkehr aber nicht
315 behindert werden.

316 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 317 • die dänische Regierung aufzufordern, dauerhafte Grenzkontrollen zu unterlassen.
- 318 • es den Staaten vorzubehalten, gelegentliche, stichprobenartige Kontrollen durchzuführen

319 **Türkei – ein zuverlässiger Partner?**

320 Die innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei bereiten uns Sorge. Im Interesse Deutschlands
321 und im Interesse Europas sind freundschaftliche Beziehungen zu einer demokratischen Türkei.
322 Beides scheint gefährdet: Die aggressive Haltung türkischer Politiker in Bezug auf ihre
323 europäischen Freunde und die anhaltende Zentralisierung der Macht auf den türkischen
324 Präsidenten Recep Tayyip Erdogan – nicht erst seit dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli
325 2016 - sind dabei nur zwei Anhaltspunkte. Diese lassen Zweifel aufkommen, wie und ob die
326 ursprünglich guten Beziehungen bleiben können.

327 Die Türkei hat sich von einem verlässlichen Partner hin zu einer politischen Wildcard entwickelt.
328 Die Zusammenarbeit im Bereich der Flüchtlingspolitik hat sich zwar grundsätzlich verbessert und
329 wir sind dankbar, dass die Türkei ihre Zusagen eingehalten hat und die dramatischen
330 Flüchtlingsbewegungen in gelenkte Bahnen gebracht hat. Gleichzeitig wird diese Entlastung
331 Europas aber auch als politisches Druckmittel benutzt. Um politische Zugeständnisse zu erpressen,
332 wird damit gedroht, „die Schleusen wieder zu öffnen“. Wohlwissend, welche politischen und
333 gesellschaftlichen Folgen der anhaltende Flüchtlingsstrom bereits in Deutschland und Europa
334 gehabt hat. Statt Säbelrasseln sind hier getroffene Vereinbarungen einzuhalten und die
335 Zusammenarbeit in der Flüchtlingskrise weiter zu vertiefen.

336 Gleichzeitig wurde in den vergangenen zwei Jahren mehrmals Bundestagsabgeordneten der Zutritt
337 zu deutschen Truppenkontingenten in der Türkei verwehrt. Nicht zuletzt deshalb begrüßen wir den
338 Schritt der Bundesregierung, die betroffenen Truppenteile aus der Türkei abzuziehen. Auch diese
339 Vorfälle sind leider beispielhaft für die politischen Spielchen, die die Regierung Erdogan aus
340 innenpolitischen Gründen mit ihren europäischen Partnern treibt. Verlässliche Partner sehen
341 anders aus. Militärisch ist eine Zusammenarbeit auf das Mindeste zu beschränken, solange die
342 Kooperationsunwilligkeit der Türkei weiter so offen zu Tage tritt.

343 Und schließlich muss auch die innenpolitische Entwicklung äußerst kritisch betrachtet werden.
344 Politische Säuberungen im Nachgang zum gescheiterten Putsch haben dazu geführt, dass eine
345 freie Presse de facto nicht mehr existent ist. Unter diesem Umstand leiden auch deutsche
346 Journalisten, die in der Türkei festgenommen werden oder im europäischen Ausland durch den
347 langen Arm der türkischen Justiz drangsaliert werden. Die politische Opposition wird systematisch
348 in die Illegalität gedrängt, teilweise werden Abgeordnete unter fadenscheinigen Begründungen
349 festgenommen. Gülen-Anhänger in Deutschland werden auf Listen geführt und abgehört.
350 Staatsanwälte, Polizisten und Richter, die nicht als regierungstreu gelten sind zu tausenden
351 entlassen. Dazu kommen Lehrer, Professoren, Verwaltungsbeamte und führende Angestellte der
352 landeseigenen Betriebe. Kurzum: Das Land wird politisch umgebaut. Für uns ist es wichtig, einen

353 demokratischen Nachbarn am Bosphorus zu haben. Eine demokratische Türkei ist stabil und
354 verlässlich. Eine Diktatur widerspricht unseren Grundwerten.

355 Sowohl die Unzuverlässigkeit als auch die politische Entwicklung weg von der Demokratie sind
356 eindeutige Signale, dass die Türkei nicht bereit ist, Mitglied der europäischen Union zu werden.
357 Wir möchten die Beziehungen zwischen Europäischer Union und Türkei zwar vertiefen, eine
358 Vollmitgliedschaft der Türkei gehört für uns aber nicht zu einer solchen Vertiefung der
359 Beziehungen. Die nötigen Voraussetzungen sind besonders in Hinsicht auf Rechtsstaatlichkeit und
360 Demokratie einfach nicht erfüllt. Unabhängig von der Frage, ob dies überhaupt wünschenswert
361 erscheint, ist festzustellen, dass ein Beenden der aktuellen Beitrittsgespräche, die derzeit seit 2015
362 eingefroren sind, der Türkei den letzten Stoß in Richtung Diktatur geben könnte. Anstatt der
363 Regierung Erdogan also noch mehr politisches Zündholz an die Hand zu geben, ist es ratsam, statt
364 die geführten Gespräche komplett zu beenden, die die Kapitel der Beitrittsverhandlungen in Foren
365 umzuwandeln, um die künftige Zusammenarbeit weiterhin effektiv gestalten zu können.

366 Im Umgang mit der Türkei muss die europäische Union lernen, gemeinsam zu handeln. Hierfür sind
367 zwei Beispiele bildhaft: Über die Auslandstürken versucht Präsident Erdogan auch
368 innenpolitischen Einfluss in EU Mitgliedsstaaten auszuüben. Deutlich wird dies unter anderem an
369 dem Aufruf, bestimmte Parteien zu Bundestagswahl nicht zu wählen. Den Versuch türkischer
370 Politiker sich innenpolitisch nicht nur in Deutschland einzumischen, verbitten wir uns.

371 Weiterhin sei hier Zypern zu nennen. Ein Mitglied der Europäischen Union, das teilweise durch die
372 Türkei besetzt wird. Die Union muss hier eine gemeinsame Haltung finden, und die Türkei zur
373 Räumung Zyperns auffordern.

374 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 375 • vertiefte und verbesserte Zusammenarbeit in der Flüchtlingskrise.
- 376 • militärische Zusammenarbeit nur bei tatsächlicher Kooperation.
- 377 • Unterstützung demokratischer Strukturen in der Türkei.
- 378 • kein EU-Beitritt der Türkei und gleichzeitig die Umwandlung zu Foren.
- 379 • gemeinsame Abwehr der Europäischen Union gegen innenpolitischer Einmischung der
380 Türkei.
- 381 • Räumung Zyperns durch die Türkei.

382 **Russland und die Ukraine – ein ungelöster Konflikt**

383 Die Spannungen zwischen der Europäischen Union und Russland in den letzten Jahren aufgrund
384 der Annexion der Krim und der Krise in der Ukraine sind immer noch allgegenwärtig und werden

385 durch die neuen Sanktionen der US-Regierung unter Donald Trump von Anfang August noch
386 verstärkt.

387 Es gilt festzustellen, dass die Halbinsel Krim illegal annektiert wurde. Russland hat gegen
388 Völkerrecht verstoßen und die territoriale Integrität der Ukraine verletzt. Das darf nicht
389 hingenommen werden. Weitere Annexionen könnten sonst vor allem im Gebiet der ehemaligen
390 UdSSR folgen. Deshalb fordert die Junge Union Schleswig-Holstein eine Einwirkung auf Russland
391 und die Rückgabe der Krim an die Ukraine.

392 Die Bundesregierung hat mit ihrem Engagement beim Minsker Abkommen den Weg für eine
393 diplomatische Lösung angestoßen. Es gilt hier die Verhandlungen weiter voranzubringen und die
394 Vereinbarungen genauer zu definieren, da die Situation aktuell stagniert. Die Junge Union
395 Schleswig-Holstein fordert außerdem, die Ukraine als zukünftigen Partner zu unterstützen.

396 Die Sanktionen gegenüber Russland sind so lange aufrecht zu erhalten, wie der Ukraine-Konflikt
397 und insbesondere die Situation der Krim nicht nach geltendem Völkerrecht geklärt sind. Die Tür
398 zum Dialog muss aber die ganze Zeit offen stehen, da sich der Konflikt nur diplomatisch und in
399 Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation lösen lässt.

400 Des Weiteren ist die Beobachtungsmission der OSZE weiterhin zu unterstützen. Die Junge Union
401 Schleswig-Holstein fordert, die Kompetenzen dieser Institution auszubauen, da sie bei zentralen
402 Problemen einen erheblichen Beitrag zur Lösung liefern kann. Die OSZE bündelt sowohl
403 Kompetenzen in der Terrorismusbekämpfung, Demokratisierung, Cybersicherheit, Medienfreiheit
404 sowie Konfliktverhütung/-lösung. All diese Punkte stehen aufgrund der aktuellen (sicherheits-
405)politischen Lage auf der Agenda. Anstatt seine Kräfte in den Aufbau neuer Institutionen oder
406 Programme zu stecken, sollte die OSZE gestärkt werden und als zentrale Institution eine größere
407 Bedeutung erlangen.

408 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 409 • die Annexion der Krim nicht anzuerkennen.
- 410 • die Verhandlung des Minsker Abkommens wieder anzustoßen und die Ukraine zu
411 unterstützen.
- 412 • die Sanktionen aufrecht zu erhalten bis zum Ende des Konfliktes.
- 413 • die Kompetenzen und Bedeutung der OSZE zu stärken, in Fragen wie Terrorbekämpfung,
414 Demokratisierung und Konfliktverhütung/-lösung.

415 **USA – Verlust eines starken Partners verhindern**

416 Die Vereinigten Staaten von Amerika sind der wichtigste Handelspartner der Europäischen Union.
417 Wir sind außerdem mit den Amerikanern in der NATO auch in sicherheitspolitischen Fragen eng
418 verbunden. Durch die aktuelle Regierung Trump verändert sich das Verhältnis erheblich, da die
419 amerikanische Führung sich zunehmend von internationalen Kooperationen wie TTIP, TTP oder
420 dem Pariser Klimaabkommen verabschiedet. Dieser Verlust ist sehr bedauerlich, da die USA
421 aufgrund ihres Einflusses und ihrer Wirtschaftskraft eine große Rolle in der Weltpolitik spielen.

422 Die größte Bedeutung haben die USA im Bereich Verteidigung. Hier ist die Forderung Donald
423 Trumps, die Rüstungsausgaben der NATO-Partner auf 2% des BIPs zu erhöhen, berechtigt. Die
424 Junge Union Schleswig-Holstein fordert diese Verpflichtung, die aus den Verträgen der NATO
425 hervorgeht, von deutscher Seite einzuhalten.

426 Ein weiterer Aspekt zur Friedenssicherung ist der Konflikt zwischen Nordkorea und den
427 Vereinigten Staaten. Aktuell sollte von einer aktiven Einmischung abgesehen werden, sollte sich
428 der Konflikt jedoch weiter zuspitzen, fordert die Junge Union Schleswig-Holstein die Europäischen
429 Union und die Bundesregierung auf, hier schlichtend einzuwirken. Weitreichende Konsequenzen,
430 die aus diesem Konflikt entstehen können, gilt es zu verhindern.

431 Außerdem kann es durch das von Donald Trump ausgerufenen Prinzip „America First“ auch zu
432 einer Belastung der Handelsbeziehung kommen, da die US-Regierung einer protektionistischen
433 Handelspolitik gegenüber offen ist. Aus Sicht der Jungen Union Schleswig-Holstein ist jede Form
434 des Protektionismus abzulehnen.

435 Die Rolle der Welthandelsorganisation (WTO) ist in diesem Zusammenhang auch noch einmal
436 hervorzuheben. In Form der Doha-Runde wird seit 2001 ein weltweites Handelsabkommen
437 erarbeitet. Da diese Verhandlungen aber schon des Öfteren fast zum Erliegen kamen und
438 außerdem auch die einzelnen schon verhandelten Bestandteile erst in Kraft treten, wenn es zu
439 einem ganzheitlichen Abschluss kommt, ist diese Form der Doha-Runde in Frage zu stellen. Als
440 Alternative fordert die Junge Union Schleswig-Holstein die Doha-Runde in der jetzigen Form
441 abubrechen und eine neue Struktur zu schaffen. Die einzelnen Teilbereiche sollten separat
442 verhandelt, beschlossen und in Kraft gesetzt werden. Außerdem gilt es zu prüfen, inwiefern die
443 Aussetzung des Konsensprinzips in einigen Abstimmungen sinnvoll ist.

444 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb:

- 445 • die Ausgaben für Verteidigung gemäß der NATO-Verträge stufenweise auf 2% des BIPs zu
446 erhöhen.

- 447 • im Falle einer Eskalation von Seiten der EU und der Bundesregierung in den Nordkorea-
448 Konflikt schlichtend eingegriffen wird.
- 449 • die Rolle der WTO zu stärken und die Doha-Runde in ihrer jetzigen Form abubrechen. In
450 kleineren Runden sollen bindende Beschlüsse für alle Mitglieder gefasst werden.

451 **China als zukünftiger Partner**

452 Im Juli verkündete das chinesische Staatsoberhaupt Xi Jinping während eines Staatsbesuchs,
453 fairere Handelsbedingungen mit Deutschland schaffen zu wollen. Die momentane Realität ist
454 jedoch alles andere als eine gleichberechtigte Beziehung. So werden ausländische Unternehmen,
455 die in chinesische Märkte expandieren wollen, bisher zur Gründung von Joint-Ventures
456 gezwungen. Außerdem müssen Niederlassungen von fremden Investoren überzogene
457 Zertifizierungsanforderungen erfüllen. Auf der einen Seite sorgen solche diskriminierenden
458 Markteintrittshindernisse nicht für eine zeitgemäße Handelsbeziehung. Auf der anderen Seite sind
459 chinesische Investitionen, beispielsweise im Werftensektor wie in Mecklenburg-Vorpommern,
460 grundsätzlich willkommen. Die Junge Union Schleswig-Holstein sieht daher einen dringenden
461 Bedarf für einen neuen Handelsvertrag. Dieser muss gleichwertige Beziehungen garantieren.
462 Andernfalls sind die Auflagen für chinesische Unternehmensbeteiligungen in Deutschland zu
463 erhöhen, um eine einseitige Einflussnahme zu verhindern.

464 Der Joint-Venture-Zwang führt außerdem zu einem unerwünschten Wissenstransfer. Dieser wird
465 verstärkt durch die Wirtschaftsspionage chinesischer Technologiekonzerne. Die Junge Union
466 Schleswig-Holstein fordert deshalb eine bessere Aufklärung des Mittelstandes über einen besseren
467 digitalen Datenschutz und eine Verpflichtung zu gewissen Rahmen, um zu verhindern das wichtige
468 Schlüsseltechnologien und damit auch ein deutsches Hauptexportgut nach China abgegeben
469 werden.

470 Außerdem fordern wir bei deutschen Investitionen verpflichtende Standards der
471 Arbeitsbedingungen auf chinesischer Seite. All das könnte Bestandteil eines neuen bilateralen,
472 oder besser europäischen Handelsabkommens mit China werden.

473 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert deshalb in einem Abkommen mit China:

- 474 • den Wegfall sämtlicher diskriminierender Markteintrittshindernisse sowie
475 Investitionsfreiheit.
- 476 • eine bessere staatliche Aufklärung zum digitalen Datenschutz in der Wirtschaft und ein
477 Unterstützungsprogramm für die IT-Sicherheit im Mittelstand.
- 478 • Verpflichtende Standards bei Arbeitsbedingungen von der chinesischen Seite für deutsche
479 Unternehmensbeteiligungen.